

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, Dr. Michael Ependiller, Ulrike Schielke-Ziesing, Wolfgang Wiehle, Marc Bernhard, René Bochmann, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Joana Cotar, Thomas Dietz, Robert Farle, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Mike Moncsek, Eugen Schmidt, Uwe Schulz, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 20/1000, 20/1002, 20/1627, 20/1628 –

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022)**

zu der Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes

über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022

– Drucksachen 20/1200, 20/1201 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bürgerräte sind als scheindemokratisches Instrument abzulehnen. Demokratie wird nicht dadurch belebt, dass der Staat Bürgerräte tagen lässt, welche Demokratie simulieren, sondern durch die Pflege einer toleranten und ergebnisoffenen Debattenkultur. Die geplante Einführung von Bürgerräten soll ein Substitut für Volksabstimmungen sein. Jenes direktdemokratische Institut soll vermieden werden, weil es das Durchregieren der Parteien erschwert. Genau deshalb müsste die Vervollständigung der bundesdeutschen Demokratie durch Volksabstimmungen endlich erfolgen. Dies entspreche dem Standard moderner Demokratien, wie er etwa in Frankreich oder den Niederlanden selbstverständlich ist.

Die Einführung von Bürgerräten dokumentiert stattdessen, wie sehr sich das politische System der Bundesrepublik Deutschland bereits von den Idealen und Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie entfremdet hat. In einer funktionierenden Gesellschaft sind Bürgerräte überflüssig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

von der Durchführung von Bürgerräten Abstand zu nehmen und stattdessen endlich das Institut der Volksabstimmungen, wie von der AfD bereits beantragt, einzuführen.

Berlin, den 26. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion